

Kooperationsvereinbarung

zwischen

**dem Bezirksamt Lichtenberg von Berlin,
vertreten durch die Bezirksbürgermeisterin, [REDACTED]**

-nachfolgend Bezirksamt genannt-

und

**der gemeinsamen Einrichtung Jobcenter Berlin Lichtenberg,
vertreten durch den Geschäftsführer, Herrn Lutz Neumann**

-nachfolgend Jobcenter genannt-

über

die Erbringung von Leistungen gemäß § 16a SGB II, die für die Eingliederung der oder des erwerbsfähigen Leistungsberechtigten in das Erwerbsleben erforderlich sind und eine ganzheitliche und umfassende Betreuung und Unterstützung bei der Eingliederung in Arbeit gewährleisten, über die Zusammenarbeit bei der Erbringung von Leistungen zur Sicherung der Unterkunft sowie bei der Unterstützung von Kindern und Jugendlichen.

Präambel

Im Rahmen der Novellierung des SGB II nach Maßgabe der Änderung im Grundgesetz wurde eine Neuordnung der Umsetzungs- und Steuerungsstrukturen im Bereich des SGB II in Berlin zum 01.01.2011 erforderlich. Das Organisationsmodell der gemeinsamen Einrichtung (Jobcenter) wurde gebildet. In der zwischen dem Land Berlin und der Bundesagentur für Arbeit nach § 44b Abs. 2 SGB II abgeschlossenen Vereinbarung wurden Regelungen zur einheitlichen Durchführung der Grundsicherung für Arbeitsuchende, über die Erledigung von Aufgaben der gemeinsamen Einrichtung durch die Träger bzw. in Kooperation und die Abwicklung der kommunalen Transferzahlungen getroffen. Demnach sind die sozialintegrativen Leistungen nach § 16a SGB II auch in Zukunft vom kommunalen Träger zu erbringen.

Leitgedanke

Es gilt, Regelungen für die Zusammenarbeit zwischen Jobcenter und Bezirksamt zu vereinbaren, die eine nachhaltige Optimierung der Organisationsprozesse zulassen. Der Fokus liegt auf Vernetzung und Kooperation zwischen dem Jobcenter und dem Bezirksamt. Es sollen die Strategien zur Erbringung der kommunalen Eingliederungsleistungen dargestellt und die zur Umsetzung erforderlichen konkreten Maßnahmen zur Integration in den Arbeitsmarkt sowie die jeweiligen Arbeitsprozesse optimal abgestimmt werden. Der Zugang erwerbsfähiger Leistungsberechtigter zu den kommunalen Eingliederungsleistungen sowie die Abstimmung und Verknüpfung dieser Leistungen mit den Leistungen der aktiven Arbeitsförderung sind zu gewährleisten.

Dazu gehören die Sicherstellung der erforderlichen Information der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Jobcenters über die konkrete Ausgestaltung und den Zugang zu den kommunalen Eingliederungsleistungen, das Erkennen eines individuellen Bedarfs an diesen Leistungen sowie der Austausch über die bezirklichen Leistungsangebote und deren Wirkungen.

Beide Vertragspartner verfolgen drei grundlegende Ziele, die sich mit der bundesweiten Zielsetzung im SGB II decken:

Ziel 1: Verringerung der Hilfebedürftigkeit

Ziel 2: Verbesserung der Integration in Erwerbstätigkeit

Ziel 3: Vermeidung von langfristigem Leistungsbezug.

Diese Kooperationsvereinbarung ist der verbindliche Handlungsrahmen für die Zusammenarbeit von Jobcenter und Bezirksamt.

§ 1 - Gegenstand der Vereinbarung

- (1) Das Bezirksamt und das Jobcenter regeln mit dieser Kooperationsvereinbarung die Grundprinzipien der fallweisen Leistungserbringung nach § 16a SGB II, die für die Eingliederung des erwerbsfähigen Hilfebedürftigen in das Erwerbsleben erforderlich sind und die durch das Bezirksamt innerhalb seiner bestehenden Strukturen und nach Maßgabe des Haushalts zu erbringen. Die Zusammenarbeit mit dem Jobcenter und dem Jugendamt ist ebenfalls Gegenstand dieser Kooperationsvereinbarung. Diese Vereinbarung regelt das Innenverhältnis der Vertragspartner.
- (2) Der Abschluss dieser Kooperationsvereinbarung ist in § 7 der Vereinbarung nach § 44b Abs. 2 SGB II zwischen der Bundesagentur für Arbeit, vertreten durch die Regionaldirektion Berlin-Brandenburg und dem Land Berlin, vertreten durch die Senatsverwaltung für Integration, Arbeit und Soziales vom 17.12.2010 ausdrücklich geregelt. Die Vereinbarung enthält die Regelung, dass die sozialintegrativen Leistungen nach § 16a SGB II auch in Zukunft vom kommunalen Träger in den bisherigen Strukturen erbracht werden.
- (3) Das Jobcenter Lichtenberg erbringt als gemeinsame Einrichtung für die Leistungsberechtigten im Bezirk Lichtenberg von Berlin die Leistungen der Grundsicherung. Zur Verwirklichung einer ganzheitlichen und umfassenden Betreuung und Unterstützung bei der Eingliederung in Arbeit können nach § 16a SGB II durch das Bezirksamt Lichtenberg als kommunaler Träger ergänzend zu den Eingliederungsleistungen nach den Sozialgesetzbüchern II und III folgende sozialintegrative Leistungen erbracht werden:
 - Betreuung minderjähriger oder behinderter Kinder oder die häusliche Pflege von Angehörigen
 - Schuldnerberatung
 - psychosoziale Betreuung
 - Suchtberatung
- (4) Für die Erbringung der Leistungen für die Bedarfe von Unterkunft und Heizung (§ 22 SGB II) gelten die Regelungen des Landes Berlin. Derzeit wird die bestehende Tabelle zu den Unterkunftskosten aus der früheren Wohnaufwendungsverordnung – WAV angewendet und ab in Kraft treten die AV zur Gewährung von Leistungen gemäß § 22 SGB II und §§ 35 und 36 SGB XII (AV-Wohnen Neu). Darüber hinaus ist zur Wohnungssicherung eine enge Verzahnung zwischen der Fachstelle für Wohnungssicherung des Bezirksamtes und dem Jobcenter erforderlich.

- (5) Für die Erbringung der Leistungen für Bildung und Teilhabe nach den §§ 28 und 29 SGB II gelten die Regelungen der Ausführungsvorschriften über die Gewährung der Leistungen für Bildung und Teilhabe nach den §§ 28, 29 SGB II und den §§ 34, 34a SGB XII (AV-BuT).
- (6) Für die Abstimmung im Rahmen der Erbringung von Leistungen nach dem SGB VIII gelten die Regelungen der Anlage 2.
- (7) Die Anlagen

Anlage 1 – Psychosoziale Betreuung

Anlage 2 – Unterstützungsleistungen für Kinder und Jugendliche

Anlage 3 – Schuldner- und Insolvenzberatung

Anlage 4 – Sicherung der Unterkunft /

Kooperation zwischen der Fachstelle für Wohnungssicherung und dem
Spezialisten-Team des Jobcenters Berlin-Lichtenberg

Anlage 5 – Suchtberatung

sind Bestandteile dieser Kooperationsvereinbarung und für die Vertragspartner verbindlich. Fortschreibungen sind bedarfsweise vorzunehmen, diese bedürfen ebenfalls der Schriftform.

§ 2 - Allgemeine Grundsätze

- (1) Die Vertragspartner legen ihrem Verwaltungshandeln und ihrer Zusammenarbeit die Grundsätze der Wirtschaftlichkeit, der Sparsamkeit und der Leistungsfähigkeit zugrunde. Nach dem Grundsatz der Wirtschaftlichkeit ist die günstigste Relation zwischen dem verfolgten Zweck und den einzusetzenden Mitteln anzustreben. Nach dem Grundsatz der Sparsamkeit sind die einzusetzenden Mittel auf den zur Erfüllung der Aufgabe unbedingt notwendigen Umfang zu beschränken.
- (2) Im Rahmen der Schuldner- und Insolvenzberatung gelten die Grundsätze der Vertraulichkeit, der Freiwilligkeit, der Ergebnisoffenheit und der Ganzheitlichkeit. Daran haben sich die Vertragspartner zu halten.
- (3) In Bezug auf die Arbeit mit wohnungslosen Leistungsberechtigten ist die Vereinbarung zur Regelung über die örtliche Zuständigkeit für wohnungslose Leistungsberechtigte nach dem SGB II zwischen dem Land Berlin und der Regionaldirektion Berlin-Brandenburg in der jeweils gültigen Fassung Bestandteil dieser Kooperationsvereinbarung.
- (4) Bei der Ausgestaltung von Leistungen zur Betreuung minderjähriger oder behinderter Kinder im Sinne des § 16a SGB II sind die Regelungen des SGB VIII und SGB XII zu beachten.
- (5) Gemäß § 44b Abs. 3 SGB II i. V. m. § 3 Abs. 1 und 2 AG-SGB II übt das Bezirksamt das Weisungsrecht des kommunalen Trägers in Einzelangelegenheiten aus.

§ 3 – Datenschutz

Für die Vertragspartner gelten die gesetzlichen Vorschriften zum Schutz personenbezogener Daten.

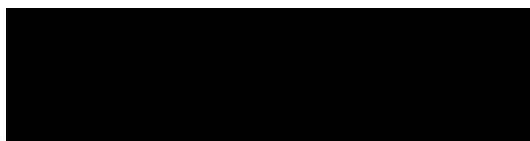
§ 4 – Schlussbestimmungen

- (1) Bei Änderung der gesetzlichen Bestimmungen oder der Rahmenbedingungen, die dieser Vereinbarung zugrunde liegen, ist die hier vorliegende Kooperationsvereinbarung zu modifizieren und entsprechend anzupassen.
- (2) Sollten Bestimmungen dieser Vereinbarung oder Teile von ihnen unwirksam werden, gilt die Vereinbarung im Übrigen weiter. Die Vertragspartner verpflichten sich zur Neuregelung entsprechend wirksamer Bestimmungen, die den Grundsätzen und dem Ziel dieser Vereinbarung sowie dem aktuellen Bedarf entsprechen.
- (3) Änderungen und/oder Ergänzungen als auch Aufhebung dieser Vereinbarung oder Teile von ihr bedürfen der Schriftform, mündliche Abreden sind unwirksam.

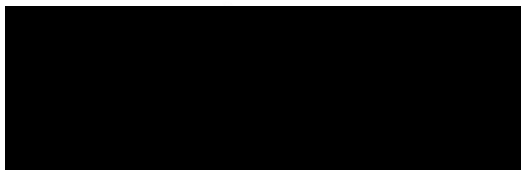
§ 5 – Vertragsdauer, Kündigung, Auflösung

- (1) Diese Kooperationsvereinbarung tritt mit Unterzeichnung durch beide Vertragspartner in Kraft.
- (2) Diese Kooperationsvereinbarung endet zum 31.12.2015. Sie verlängert sich stillschweigend um ein Jahr, sofern sie nicht innerhalb von drei Monaten vor Vertragsende gekündigt wird.
- (3) Im Übrigen gelten die gesetzlichen Bestimmungen.

Berlin, den 7.4. 2015

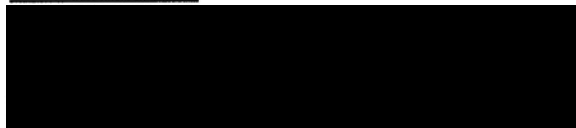


Bezirksbürgermeisterin
Bezirksamt Lichtenberg von Berlin



Lutz Neumann
Geschäftsführer
gE Jobcenter Berlin Lichtenberg

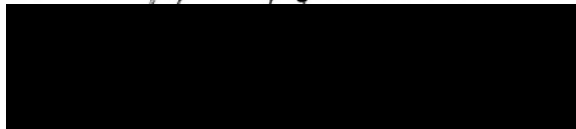
Mitzeichnende:



Bezirksstadträtin für Bildung, Kultur, Soziales und Sport



Bezirksstadträtin für Jugend und Gesundheit



Bezirksstadtrat für Bürgerdienste, Ordnungsangelegenheiten und Immobilien